

„Krisenländer dienen als Labor“

In Spanien, Italien, Portugal und Griechenland sind viele Menschen verzweifelt. Sie wissen nicht mehr, wie sie sich und ihre Familien ernähren sollen. Ihnen wurden Kindergeld und Weihnachtsgeld gestrichen, der Kündigungsschutz gelockert, ihre Löhne wurden gesenkt und die Steuern erhöht. Warum das auch die anderen europäischen Länder betrifft, erklärt Armin Duttine. Er arbeitet im EU-Verbindungsbüro von ver.di.

verdi.de | Die Kürzungsprogramme in Südeuropa sorgen für viele Proteste. Ist es nicht unausweichlich, dass gespart wird?

Armin Duttine | Große Teile der Politik versuchen uns weis zu machen, dass diese Länder selbst schuld seien an ihrer derzeitigen Lage. Sie hätten über ihre Verhältnisse gelebt und sich deshalb verschuldet, harte Sparmaßnahmen seien unumgänglich. Verschwiegen wird dabei, dass die meisten dieser Länder vor der Krise oftmals Haushaltsüberschüsse aufwiesen. Erst mit der Finanz- und Wirtschaftskrise sind dort die öffentlichen Schulden stark angestiegen. Die Sparmaßnahmen würgen die wirtschaftliche Entwicklung in weitaus größerem Maße ab, als voraus gesehen, so dass am Ende die Schulden in den genannten Ländern noch weiter ansteigen statt zu fallen.

verdi.de | Warum soll dann weiter gespart werden?

Duttine | Damit sollen die bereits vor zehn Jahren in Deutschland eingeleiteten Arbeitsmarktreformen und Privatisierungsmaßnahmen zusätzlich legitimiert und der ideologische Boden für weitere Maßnahmen in diese Richtung geschaffen werden. Kritik daran und die Forderung nach einer Umverteilung von Einkommen und Vermögen im Sinne einer gerechteren Verteilung wird für unberechtigt erklärt. Die Arbeitsmarktreformen in Deutschland sollen als Erfolgsrezept auch für den Rest von Europa verkauft werden. Dabei haben die Einführung von Mini- und 1-Euro-Jobs und die Ausdehnung der Leiharbeit in Deutschland nicht krisenhemmend, sondern krisenverschärfend gewirkt. Um die Arbeitsplätze in der Krise in Deutschland zu retten, war das schon lange existierende Kurzarbeitergeld viel wichtiger.

verdi.de | Das Ziel der EU-Maßnahmen geht somit über die Veränderungen in den betroffenen Ländern hinaus?

Duttine | Das Ziel ist die Entsolidarisierung und eine Situation der Alternativlosigkeit der Spar-, Kürzungs- und Privatisierungsmaßnahmen in den südeuropäischen Ländern und in Deutschland selbst zu schaffen. Der Widerstand und die Forderungen nach Bezahlung der Krise durch die Verursacher und die Reichen durch die Bevölkerung und die Beschäftigten in den dortigen Ländern ist deshalb insgesamt ein Kampf um die Rückeroberung des Sozialen.

verdi.de | Wie ist die Rolle der Gewerkschaften?

Duttine | Auch die Rechte der Beschäftigten, sich zu organisieren, sowie die Bindung und Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen kommen durch die Troika und die EU-Kommission unter Beschuss. Die EU-Kommission mischt sich immer mehr in die Lohnfindungssysteme in anderen EU-Mitgliedstaaten ein. Die Krisenländer dienen dabei

als Labor, wie weit man mit den Angriffen auf die arbeitende Bevölkerung gehen kann. Die Gewerkschaften in der EU müssen stärker erkennen, dass sie mit diesen Maßnahmen alle zusammen angegriffen werden. Die Rettung auf nationalen Inseln ist dagegen keine Strategie.

verdi.de | Wie müssen die Gewerkschaften in Zeiten globaler Wirtschafts- und Finanzkrisen agieren?

Duttine | Wir sollten deutlichere Schritte für die Herausbildung einer europäischen Gewerkschaftsbewegung gehen. Leider nehmen in der Krise nationale Sichtweisen zu und die Verbindlichkeit von Absprachen auf europäischer Ebene nimmt ab. Zunehmend sehen Gewerkschaftsverbände das Heil in nationalen Insellösungen. Wir brauchen verstärkt gemeinsame Leitforderungen und koordinierte Aktionen.

Wir müssen gewerkschaftspolitisch das nachvollziehen, was mit der Schaffung der Eurozone wirtschaftspolitisch eingeleitet wurde: Die Schaffung nicht nur eines Währungs-, sondern auch eines Wirtschaftsraums. Die Gewerkschaften in Europa müssen die Hauptakteure für die Schaffung eines europäischen Sozialraums sein.

verdi.de | Was heißt das konkret?

Duttine | Das heißt konkret, dass Lohnforderungen in den einzelnen Ländern über die gewerkschaftlichen europäischen Branchenverbände stärker abgestimmt werden sollten. Die Leitformel sollte – wie von den europäischen Gewerkschaftsorganisationen beschlossen – sein, dass angestrebt werden sollte, mindestens den verteilungsneutralen Spielraum von Inflationsrate und Produktivitätsentwicklung als Lohnsteigerung zu realisieren. Das heißt aber auch konkret, dass freiwillige Nullrunden oder die Erhöhung des Renteneintrittsalters in den europäischen Gewerkschaftsinstitutionen verstärkt diskutiert werden sollten, denn sie erhöhen den Druck auf die Gewerkschaften in den anderen Ländern und sie stehen im Widerspruch gegen die oben genannte Linie.

verdi.de | Was macht ver.di?

Duttine | Ein gutes Beispiel für ein solches Vorgehen sind die Drei-Länder-Wochen von ver.di, der österreichischen Gewerkschaft GPA-djp und der schweizerischen Gewerkschaft UNIA. ver.di geht innerhalb der DGB-Gewerkschaften hier mit gutem Beispiel voran. Die Aktionswochen zeigen konkrete Alternativen auf, um der Sparlogik von Bundesregierung und EU-Kommission entgegenzusteuern.

Dieser Text ist die gekürzte Fassung eines Interviews, das die Redaktion des ver.di-Mitgliedernetzes mit Armin Duttine geführt hat. ver.di-Mitglieder können die vollständige Fassung lesen unter <https://mitgliedernetz.verdi.de/informativ/++co++d0759828-2cc5-11e2-773c-52540059119e/@@index.html>